

## ■ ABSCHIEBUNGEN

In Sachsen wurden 2014 mehr als 585 Menschen abgeschoben, in ganz Deutschland waren es über 9000. Bei Abschiebungen werden die Menschen unter Gewaltanwendung von der Polizei außer Landes gebracht. Auch alte und kranke Menschen werden abgeschoben. Immer wieder werden dabei Familien auseinandergerissen. In den Wintermonaten sterben viele Menschen in der Kälte, da sie in den Abschiebeländern keine Unterkunft haben.

**Wir fordern den sofortigen STOPP aller Abschiebungen!**

## ■ DULDUNG

Wer keinen Aufenthaltstitel bekommt, aber aus politischen Gründen auch nicht abgeschoben werden kann oder darf, wird „geduldet“. Dies bedeutet, dass man kein Recht auf eine eigene Wohnung, Sprachkurse, eine gute Arbeit und ein Einkommen hat. Viele Geduldete leben über Jahrzehnte in diesem perspektivlosen Zustand.

**Wir fordern die Abschaffung dieses menschenunwürdigen Verfahrens!**

## ■ RESIDENZPFLICHT

Asylsuchende und Geduldete brauchen in ihren ersten drei Monaten in Deutschland eine Erlaubnis von der Ausländerbehörde, wenn sie die Grenzen des Bundeslandes oder Landkreises, in dem sie wohnen, verlassen wollen. In Sachsen bezieht sich die Regelung auf die drei Regierungsbezirke

Dresden, Chemnitz und Leipzig. Nach Ablauf dieser Zeit kann die Bewegungsfreiheit im Bundesgebiet jedoch willkürlich durch die Ausländerbehörde beschränkt werden.

**Wir fordern die Bewegungsfreiheit für alle Menschen!**

## ■ ARBEIT UND AUSBILDUNG

Asylsuchende und Geduldete dürfen in ihren ersten 3 Monaten in Deutschland nicht arbeiten. Ihnen ist es nur erlaubt, für 1,05 Euro/h gemeinnützige Arbeit zu leisten. Anschließend bekommen sie nur eine Arbeitserlaubnis, wenn kein\_e Deutsche\_r oder EU-Bürger\_in für die Stelle infrage kommt. Ein Studium oder eine Ausbildung sind meist nur mit einer Aufenthaltserlaubnis möglich.

**Wir fordern den uneingeschränkten Zugang zu Arbeit und Ausbildung für alle!**

## ■ WOHNEN

Asylsuchende müssen während des Asylverfahrens in einer Gemeinschaftsunterkunft leben. Davon gibt es in Dresden 7 und in Sachsen 51. Die Heime sind häufig in schlechtem Zustand und weit ab von Stadtzentrum und Ortschaften. Sie bieten keine Privatsphäre, da häufig mehrere Personen in einem Zimmer wohnen. Jedem\_r Bewohner\_in stehen per Gesetz 6-8 m<sup>2</sup> zu.

**Wir fordern freie Wohnungswahl!**

Namf  
Netzwerk

ASYL ■  
MIGRATION ■  
■ FLUCHT

■  
**HINTERGRUND** ■  
**INFORMATIONEN**

**Du willst was tun?**

Wir treffen uns **jeden zweiten Dienstag** (gerade Wochen) um **20 Uhr im AZ Conni** (Rudolf-Leonhard-Str. 39, Dresden)

NETZWERK ASYL MIGRATION FLUCHT

[namf.blogsport.de](http://namf.blogsport.de)



## ■ LEISTUNGEN

2012 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die Leistungen für Asylsuchende, welche seit 1993 nicht angehoben wurden, für ein menschenwürdiges Leben nicht ausreichen. Der derzeitige Betrag liegt mit 359 Euro weiterhin unter dem durch den Hartz-IV-Satz definierten Existenzminimum. Auch nach der Gesetzesreform 2014 wird dieser Betrag in den Erstaufnahmeeinrichtungen oftmals noch in Form von Sachleistungen oder ausgegeben.

Wir fordern die Abschaffung des Sachleistungsprinzips und eine ausreichende finanzielle Versorgung!

## ■ INTEGRATIONS- UND SPRACHKURSE

Obwohl jede Kommunikation mit Behörden auf Deutsch statt findet, besteht für Menschen ohne Aufenthaltsstatus kein Anspruch auf einen Deutschkurs in den ersten drei Monaten. Anschließend ist es für sie nur schwer möglich, einen Platz in einem Kurs zu bekommen. Außerdem werden keinerlei Betreuungsmöglichkeiten der Kinder von Geflüchteten parallel zu Sprachkursen angeboten, was vor allem zu einem Ausschluss von geflüchteten Müttern führt. Zudem stehen derzeit nur 400 Plätze in Deutschkursen für etwa 2000 Asylsuchende zur Verfügung. Dies entspricht nicht einmal 25% (Stand Februar 2015).

Wir fordern unmittelbare und kostenfreie Integrations- und Sprachkurse für alle Migrant\_innen von Beginn an!

## ■ MEDIZINISCHE VERSORGUNG

Asylsuchende und Geduldete dürfen sich nicht einfach medizinisch behandeln lassen, sondern brauchen eine Erlaubnis des Sozialamts. Behandelt werden per Gesetz nur akute Schmerzzustände. Viele Asylsuchende sind aber traumatisiert und können ohne psychologische Hilfe und dauerhafte Sicherheit vor weiterer Verfolgung nicht erfolgreich behandelt werden.

Wir fordern die medizinische Gleichbehandlung aller Menschen!

## ■ AUF DER FLUCHT

Der Weg in die EU ist mit Gefahren verbunden und endet oft tödlich. An den EU-Außengrenzen verfolgen Grenzsoldat\_innen Flüchtende mithilfe von Schnellbooten, Hubschraubern, Radartürmen, Nachtsichtgeräten und Wärmebildkameras und versuchen, sie vom EU-Innenraum fernzuhalten.

Die EU gibt für die Grenzschutzbehörde Frontex jährlich zwischen 90 und 118 Millionen Euro aus, seit 2000 sind mindestens 23.000 Menschen bei dem Versuch gestorben, in die EU einzureisen.

Wir fordern die sofortige Öffnung aller EU-Außengrenzen!

## ■ HERKUNFTSLÄNDER UND FLUCHTGRÜNDE

Die meisten Asylsuchenden in Dresden und Sachsen kommen aus Syrien, der Russischen Föderation, Eritrea und Tunesien. Sie flüchten u. a. aufgrund von Krieg, Verfolgung, Hunger, Diskriminierung und Gewalt. Diese Zustände hat die BRD durch ihr politisches Handeln mitzuverantworten.

Wir fordern die BRD auf Verantwortung zu übernehmen und Menschen ein Leben in Sicherheit und Würde zu ermöglichen!

## ■ ASYLVERFAHREN

Das Asylverfahren kann mehrere Jahre dauern und endet für die meisten Menschen mit einer Ablehnung. Nur 29,5 % der Asylsuchenden haben 2014 in Deutschland einen Schutzstatus und damit eine zumindest vorübergehende Aufenthaltserlaubnis erhalten. Wer abgelehnt wird und nicht freiwillig ausreist, kann abgeschoben werden. Wer über einen anderen europäischen Staat nach Deutschland kommt, hat kein Recht auf ein faires Verfahren und wird gemäß der Dublin-Verordnung wieder aus der BRD abgeschoben.

Wir fordern Bleiberecht für alle Menschen in Deutschland!

## WAS IST DAS NAMF?

Das NAMF ist eine unabhängige politische Initiative aus Gruppen und Einzelpersonen in Dresden, die sich für die Rechte von Migrant\*innen, insbesondere Geflüchteten und Asylsuchenden, einsetzt. Wir streben eine Zusammenarbeit mit Betroffenen auf Augenhöhe unter Beachtung ihrer allgemeinen und individuellen Bedürfnisse an. Geflüchtete wollen wir dabei unterstützen, sich für ihre eigenen Rechte einzusetzen.

**Kein Mensch ist illegal.**